

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionen haben die Rechte
und für Zuwendung beziehen
zu erlangen. — Erfüllen vertragliche
Gespräche — Anschrift: Auer, 12.

Redaktionen haben die Rechte
und für Zuwendung beziehen
zu erlangen. — Erfüllen vertragliche
Gespräche — Anschrift: Auer, 12.

Telegramme: Auerblatt, Auerberg. Entnahmen die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postamt: Amt Leipzig Nr. 1440

Nr. 108

Freitag, den 9. Mai 1924

19. Jahrgang

Der neue Bergarbeiterstreik.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Während noch der Kampf um die Regierungsbildung und damit um die künftige innen- und außenpolitische Gestaltung Deutschlands unentschieden hin- und herwogt ist im Westen ein schweres Gewitter herausgezogen, das größten Schaden anzurichten droht, wenn die Waffen sich nicht im letzten Augenblick wieder verteilen. Der Zustand der Bergarbeiter im Ruhrgebiet hat einen Umschwung angenommen, und der Kampf wird mit einer Heftigkeit geführt, daß die schärfsten Befürchtungen durchaus am Platze sind. Fast die gesamten Kohlenzechen des Ruhrgebiets sind stillgelegt, und schon treffen Meldepungen über die Rückwirkung dieses verhängnisvollen Ereignisses auf das übrige Wirtschaftsleben und auf die politischen Verhältnisse ein. In verschiedenen Orten ist die Gasversorgung unterbrochen und man weiß ja, daß dadurch nicht allein der Bevölkerung die Nachbeleuchtung und das Kochgas entzogen ist, sondern daß auch viele gewerbliche Betriebe und die Krankenhäuser in Mitleidenschaft gezogen sind. Auch verschiedene Industriebetriebe haben bereits stillgelegt werden müssen. Im unbesetzten Deutschland scheint ja glücklicherweise die Kohlenversorgung noch nicht gefährdet zu sein. Die Eisenbahnen, sowie die Gas- und Elektrizitätswerke sind auf Wochen hinaus mit Kohlevorräten versorgt, und auch bei der Industrie besteht vorläufig kein Mangel an Brennstoffen. Umso schwerer sind die Verluste für den Bergbau, die täglich acht bis neun Millionen Mark betragen sollen. Diese Belastung ist für die Bechen deshalb besonders schwer zu tragen, weil ihre Kraft bereits durch die Wicum-Verträge bis aufs äußerste ausgespannt ist.

Größer noch als die wirtschaftlichen Gefahren, die dieser gigantische Arbeitskampf mit sich bringt sind aber die politischen. Durch die Stilllegung der Bechen werden nicht nur deutsche Interessen stark berührt, sondern es werden auch die alliierten in Mitleidenschaft gezogen. Die Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien geraten ins Stocken und die von der Wicum betriebenen Kohlereien müssen stillgelegt werden, da sie keine Rohstoffe mehr erhalten. Infolgedessen sehen wir, daß General Degoutte sich bereits nach Brüssel begeben hat, um mit der belgischen Regierung über die Maßnahmen zu beraten, die zur Wahrung der Interessen der Alliierten für erforderlich gehalten werden. Schon wird von französischer Seite angekündigt, daß man zu neuen Zwangsmaßnahmen, Bedenkschlagnahmungen u. dergl. greifen werde. Es drohen also neue Eingriffe in die deutsche Wirtschaft und in das deutsche Privat- eigentum und neue Beeinträchtigungen der deutschen Hohheitsrechte.

Selbstverständlich sind auch die Höhlen des Schlachtfeldes in dem deutsch-französischen Kampfe, die Separatisten, wieder zur Stelle. Herr Matthäus schürt im Bunde mit den Syndikalisten das Feuer, an dem er sein Stükken zu Kochen hofft. Diese unsauberen Elemente sind durch die schwere Niederlage, die ihnen die deutsche Bevölkerung an Rhein und Ruhr durch ihre bewundernswürdige Standhaftigkeit bereitet hat, noch nicht völlig entmutigt. Sie wittern Morgenluft und werfen wieder die Idee eines Ruhrindustriestaates in die erregte Bevölkerung.

Schwere nationale Gefahren sind es also, die hier heraufziehen, und es ist die Pflicht nicht nur der Regierung, sondern aller verantwortungsbewußten Elemente des Volkes, den Brand zu löschen, ehe er nicht wieder gutzumachende Verheerungen angerichtet hat. Es kann sich jetzt nicht darum handeln, die Frage restlos zu klären, wer die Schuld an diesem katastrophalen Ereignis trägt. Gleichwohl ist auf beiden Seiten gesündigt worden. Die Arbeitgeber waren nicht gut beraten, als sie nach Beendigung des Ruhrkampfes der Arbeiterschaft, die doch in jener schweren Zeit im allgemeinen ihre nationale Pflicht als Deutsche treu erfüllt hat, den Dauern aufs Auge drückte. Gewiß bedeuten die Wicum-Verträge eine ungeheure Belastung für die bergbaulichen Unternehmungen und sie sind nur zu tragen, wenn die Arbeiterschaft ihrerseits durch verlängerte Arbeit einen Teil des Last auf ihre Schultern nimmt. Es war aber ein schwerer Fehler, daß die Arbeitgeber in jener furchtbaren Zeit, als das Geld dem Arbeiter von einem Tag zum anderen zwischen den Fingern zerrann und er ins folgedessen vollkommen wehrlos war, den Herrenstandpunkt in der rücksichtslosen Weise hervorhoben und unbestimmt um gesetzliche Bestimmungen und Tarifverträge einseitig die Verlängerung der Arbeitszeit durchsetzen. Die Quittung darüber ist das ungeheure Anwachsen der kommunistischen Stimmenzahl bei den Reichstagswahlen und der jetzige Zustand. Aber auch auf Seiten der Arbeiterschaft sollte man einsehen, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit bei der schwierigen wirtschaftlichen Lage Deutlichkeit nicht zu umgehen ist.

Dadurch, daß der Inflationschleier von unserer Wirtschaft fortgerissen worden ist, ist und doch erst die sichtbare Armut Deutschlands entblößt worden. Nur durch erhöhte Arbeitsleistung kann Deutschland wieder zu einem gewissen Wohlstand gelangen, ohne den auch die benötigten sozialen und kulturellen Ansprüche der Arbeiterschaft nicht befriedigt werden können. Wo nichts ist, da hat nicht nur der Kaiser, sondern auch der Arbeiter sein Recht verloren. Die Arbeiterschaft hat sich zweifellos dadurch, daß sie den Schiedsspruch über die Arbeitszeit nicht anerkannt hat, ins Unrecht gesetzt. Sie hat sich aber darüber hinaus selbst geschädigt, denn sie hat den Arbeitgebern einen guten Grund für ihre Forderung verschafft, daß mit dem System der Zwangsabschlagsprüfung überhaupt gebrochen wird. Nicht mit Unrecht weisen die Arbeitgeber darauf hin, daß die Zwangsabschlagsprüfung nur gegen die Arbeitgeber wirksam sind, da sie nur gegen diese mit den Mitteln des Staates durchgesetzt werden können. Wenn die Arbeiterschaft nicht genug Selbstdisziplin besitzt, um sich aus eigenem Untrieb den Schiedssprüchen zu fügen, so gefährdet sie dadurch diese ganze Einrichtung überhaupt, und es ist doch noch sehr fraglich, ob das in ihrem wohlverstandenen Interesse liegt.

Aus allen diesen Gründen ist es zu begreifen, daß durch die Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Vermittlung der Reichsregierung in dem Konflikt ermöglicht worden ist. Man darf hoffen, daß der Reichsarbeitsminister in diesem folgenschweren Streit die ausgleichende Gerechtigkeit zur Geltung bringen wird, ohne die eine befriedigende Regelung nicht zu erwarten ist. Es darf in diesem Kampf weder Sieger noch Verlierer geben; es liegt vielmehr im höchsten nationalen Interesse, daß ein Ausgleich gefunden wird, der von beiden Seiten als gerecht und annehmbar empfunden wird.

Weitere Meldungen zum Ruhrstreik.

Eine halbe Milliarde Goldrubel für eine neue deutsche Revolution.

Die "Morningpost" meldet aus Riga: Den Rigischen Zeitschriften zufolge haben vom 1. Januar bis 1. Mai Goldbeträge von insgesamt $\frac{1}{2}$ Milliarde Goldrubel aus Russland nach Deutschland ihren Weg über die Rigaschen Banke genommen. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß diese ungeheuren Verträge der Vorbereitung einer Revolution in Deutschland gedient haben.

Die Haltung der Besatzungsbehörde.

Wie die T.A.M. erzählt, will die Besatzungsbehörde sich keineswegs in den Streit zwischen Unternehmern und Bergarbeitern einmischen. Sie wird jedoch auf alle Fälle die Ruhe und Sicherheit aufrechterhalten und Ausschreitungen oder militärische Verschwörungen nicht dulden. Die Wicum besteht auf der Durchführung der Variationslieferungen an Kohle und will gegebenenfalls Beschlagsnahmungen vornehmen oder aber sogar auch weitere Bechen der Regie einverleiben.

Eine von den Separatisten in Gelsenkirchen einberufene Verarbeiterversammlung nahm einen sehr ereignisreichen Verlauf. Der Hauptredner, ein bekannter Separatistischer Agitator, erklärte, daß die Wicum in diesem Kampfe auf Seiten der Arbeiter stünde, eine Behauptung, die von den anwesenden kommunistischen und freiegewerkschaftlichen Vertretern entschieden bestritten wurde.

Kommunistische Generalstreikbewegung in Mitteldeutschland.

Das Magdeburg wird unter dem 8. Mai gemeldet: Im mitteldeutschen Bergbaurevier ist gestern mittag der Generalstreik proklamiert worden. Auf 14 Gruben des Halle-Gießebener Reviers sind gestern abend die Belegschaften nicht eingefahren. Die Bewegung hat ausgebrochen vom kommunistischen Charakter. In Halle und Magdeburg beschlossen gestern die Betriebsräte, Versammlungen der Metallarbeiter den Sympathiestreik für die deutschen Kohlenarbeiter.

Der Streik in Oberschlesien.

Gleichzeitig 8. Mai. Am weiteren 11. Bechen des Reviers sind gestern abend die Belegschaften ausgeblossen. Morgen wird der Generalstreik allgemein sein. Die Bewegung greift auf Polnisch-Schlesien über. In Rottweil und Königshütte proklamieren die dortigen Betriebsräte den Einschluß an den deutschen Kohlenarbeiterstreik.

Der russische Zwischenfall.

Wir sind es leider schon in weitgehendem Maße gewöhnt, daß uns fremde Regierungen Schande begegnen, und das staatliche Bewußtsein ist ja gegen das Ende des Krieges bereit, besonders aber nach dem Zusammenbruch von 1918 bei einem großen Teile unseres Volkes dermaßen vertrüppelt worden, daß die Entrüstung, der nationale Zorn, in die wir hätten austreten müssen bei der Behandlung, die unser Vaterland immer und immer wieder hat erleiden müssen, und die bei uns Waffenlosen mit Schwingen einer leeren Sabscheide nichts zu tun haben, eben nicht Platz griff.

Ein solcher Fall ist jetzt wieder eingetreten in dem Konflikt wegen der russischen Handelsvertretung in Berlin. Eine Haupttätigkeit der Russen im Auslande — darüber darf sich niemand im Zweifel sein — ist die bolschewistische Propaganda, und jede Niederlassung Russlands, die mag sonst zu welchem Zweck da sein, zu welchem sie will, wird alles versuchen, die Idee des Bolschewismus zu verbreiten und die zu führen und zu unterstützen, die von dieser Weltrevolutionstheorie schon ergriffen sind. Eben ein solcher Herd staatsverbrecherischer Elemente deutscher und russischer Wirkung ist auch die Handelsvertretung in Berlin, mitten im deutschen Reich.

Weil nun ein deutscher Kommunist hier verschwindet und deutsche Polizei eine Durchsuchung abhält, spielt die russische Regierung plötzlich den gekränkten Unschuldigen, schreibt Noten, die an Unmöglichkeit nichts zu wünschen übrig lassen, fordert sogar die Bestrafung derjenigen Beamten, die die Durchsuchung der russischen Handelsvertretung angeordnet und durchgeführt haben und lädt schließlich nicht nur die Berliner, sondern auch andere Handelsvertretungen schließen, alle diese Massnahmen damit begründet, daß die Exterritorialität der russischen Handelsvertretung in Berlin durch die deutsche Behörde verletzt worden sei. Dabei ist die Rechtslage so, daß tatsächlich diese Handelsvertretung, die insgesamt 700 Personen, und zwar meist Deutsche, umfaßt, keine Exterritorialität genießt und daß nach Urteil der besten Staatsrechtslehrer die Exterritorialität eine Sache findet an der Sicherheit des Staates, in dem sich eine Gesandtschaft beispielweise befindet und der Exterritorialität sonst auch verordnet. Auch der Apollovertrag enthält keinerlei Bestimmungen über irgendwelche Ansprüche der russischen Handelsvertretungen auf Exterritorialität. Über was kümmert das die Russen? Sie glauben im Gegenteil einen besonderen Schutz ihrer verbrecherischen Zufluchtsorte beanspruchen zu dürfen von dem Staatswesen, gegen das sich ihre Wühleren richten, und sie treten, weil ihnen natürlich solche Unfälle nicht erfüllt werden können, in der standhaftesten Weise gegen die deutsche Regierung auf.

Uebrigens ist auch in anderen Ländern genügend bekannt, was hier an Freiheit von den Moskowiten gelebt wird. Die italienische Regierung nimmt regen Anteil an den deutsch-russischen Verhandlungen und bestagt sich ebenfalls, daß die staatsverbrecherische Propaganda von Moskau aus auf jede Weise in fremde Länder hineingetragen wird.

Ganz besonders charakteristisch ist natürlich bei dieser ganzen Sache die Haltung der deutschen Kommunisten. Deutsche Kommunisten — ist ja schon ein Widerspruch in sich; denn jeder Kommunist ist und fühlt sich als Untertan von Moskau! Gnaden Muhten doch, wie in den letzten Tagen vor der Wahl oft genug bekannt gegeben wurde, die Kandidaten der deutschen kommunistischen Partei ein Revers unterschreiben, daß sie keine wirkliche Mitarbeit im Parlament leisten, sondern nur führen wollen und daß sie sogar von ihrem Mandat zurücktreten, wenn Russland es gebietet. Die deutschen Kommunisten haben Würstlichkeit genug besessen, den russischen Machthabern zu erklären, daß sie entrückt seien über das Vorgehen der deutschen Regierung und zu ihren russischen Freunden in innigster Übereinstimmung ständen. Nur deutsche Kommunisten sind einer solchen Tend. und Handlungswelt fähig.

Wie oben haben die Herrschaften aus dem Osten gemacht und schlimme Drohungen ausgeföhrt. Der russische Boschalter Kreislini soll ja schon Berlin verlassen haben, um sich in einem Flugzeug nach Moskau zu begeben, und wie das ganze Wunder ausgegeben wird, ist noch gar nicht abzusehen. Soviel aber wird wohl schon jetzt gefragt werden dürfen, daß die deutsche Regierung die Lage, die augenblicklich noch rechtlich verworren ist, wird klären müssen und feststellen, was geschehen ist und wie die rechtlichen Verhältnisse liegen. Im übrigen aber wird sie hoffentlich fest bleiben, denn Russland ist, mag es sich auch noch so verzerrt betrachten, wirtschaftlich und auch politisch mindestens ebenso stark und angespannt wie wir auf Russland. So schlecht

Möllers, daß sie das nicht schon längst eingesehen hätten, sind die Russen schließlich aber doch nicht.

Die amerikanische Dissenlichkeit verlangt Räumung des Ruhegebietes.

Neuer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Im London verlautet, daß Macdonald nach seinem Zusammentreffen mit den belgischen Ministern einen weiteren Brief an Poincaré schreibt habe und daß die Londoner Regierung in den nächsten Tagen ein Memorandum über die Reparationsfrage überreichen lassen.

Ein „Daily Telegraph“ wird besont, daß die amerikanische Finanzwelt die vorherige Feststellung von neuen Sanktionen gegenüber Deutschland ablehnt, weil dadurch der Erfolg der geplanten Unlese erst ernstlich in Frage gestellt werden wird. In London wird diese Auffassung geteilt, abgesehen von gewissen Kreisen, die durch Bugeänderungen in dieser Frage eine frühere militärische Räumung der Flüsse von Frankreich zu erreichen hoffen. Weiterhin wird besont, daß die amerikanische Dissenlichkeit als Voraussetzung für die Unlese auch die vollständige wirtschaftliche Räumung der Flüsse verlangt.

Das gleiche Blatt kommt abermals auf die Bestimmungen der Räumung des Rheinlandes zu sprechen. Artikel 429 wird auf engerlicher Seite neuverdingt dachten ausgelegt, daß die Räumung zu den im Vertrag festgesetzten Fristen nicht obligatorisch sei, sondern daß die Entscheidung darüber der Reparationskommission bei den beteiligten Besatzungsmächten freistehne. Eine Trennung der englischen Okkupation durch eine französische sei nach Londoner Auffassung mit den Vertragsbestimmungen nicht zu vereinbaren. Es scheint, daß die Frage der militärischen Räumung des Rheinlandes in den Diskussionen zwischen Paris und London neuerdings in den Hintergrund geriet. Falls die oben erwähnte Auffassung in englischen Kreisen Verbreitung finden sollte, wird auf deutscher Seite alle Auffassungswiderstände nötig sein.

Über den Inhalt des oben erwähnten Briefes Macdonalds an Poincaré teilt Bertinax im „Echo de Paris“ mit, er wisse nicht, ob dieses Schreiben bereits am Quai d'Orsay angelangt sei. In seinem Schreiben teile Ramsay Macdonald mit, er schaue sich glücklich den Standpunkt der alliierten Regierungen in der Reparationsfrage fennenzulernen. London bemühe sich, interalliierte Verhandlungen in Gang zu bringen. Dagegen betrachte London die Arbeiten der Reparationskommission für abgeschlossen und erachte es für nicht nötig, daß sich die Reparationskommission weiter mit den Arbeiten der Sachverständigen beschäftige. Dies müsse nunmehr Aufgabe der alliierten Regierungen sein. Bertinax fordert daher die französische Regierung auf, ihrerseits nun ihren Standpunkt in London, Brüssel und Rom zur Kenntnis zu bringen. Ein weiteres Hinzuholen könne schädlich sein. Sobald Frankreich eine Einigung unter den Ansichten erzielt habe, werde die Einberufung einer interalliierten Ministerpräsidentenkongress nötig sein.

Der Rücktritt Seifers.

Habamtlich wird folgende Mitteilung ausgegeben: Die in die Presse gedrungene Nachricht, daß die Staatsregierung an den Chef des Landespolizeiamtes, Polizei-oberst v. Seifer mit der Aufforderung herangeführt ist, von seinem Amt zurückzutreten, entspricht den Tatsachen. Die Staatsregierung muß besonderen Wert darauf legen, daß die bayerische Landespolizei vollkommen

In der Nacht des Silberlandes.

Von Deore Richter-Krich.
Amerikan. Copyright 1923 by Lit. Bur. M. Lincke, Dresden 21.
(24. Fortsetzung.)

„Diese Gesellschaft gefällt mir nicht,“ flüsterte Gied Delma zu. „Sie machen zu viel Lärm, um anständige Leute zu sein. Rätseln wir es nicht, vom Negen unter die Traufe zu kommen.“

Vorsichtig schllichen sie zwischen den hohen, dichten Blättern Ugladen bis zu dem Baum, der den Bahnhof begrenzte.

Ta bot sich ihnen ein merkwürdiger Anblick. Mitte an der Holzwand des Bahnhofs war eine menschliche Gestalt in Uniform angeklebt — mit ausgestreckten Armen und Beinen, wie eine Vogelscheuche.

„Das ist der amerikanische Schaffner des Expressauges,“ murmelte Delma. „Ich erkenne ihn. Die Bahnläden befinden sich in der Gewalt der Ausländer. Und sehen Sie da —!“

Unter wilden Stufen schleppen ein paar unheimlich aussehende Banditen den chinesischen Wirt herbei der mit erbärmlichem Geheul um sein Leben flehte. Er schrie in drei Sprachen, daß er ein friedlicher, unschuldiger Mann sei.

„Über plötzlich schwieg er.

Es war, als habe er den Tod, der ihn erwartete, völlig vergessen. Die schmalen kleinen Augen waren merkwürdig nach innen gerichtet. Der Wirt vom Bahnhof Oriental befand sich bereits auf seiner langen Reise. Seine bleichen Lippen waren in unablässiger Bewegung. Er sprach mit dem großen Konfuzius von dem tiefsten Geheimnis des menschlichen Lebens: dem Tode, dem Sterben, unabwendbaren Erfüllter, der seinen schweren geheimnösen Gang geht und nieberschlägt, wenn die Stunde seiner Ernst gekommen ist.

Doch plötzlich blieben die Banditen erschrocken stehen. Ihre Aufmerksamkeit wurde auf das partige gelbe Pferd gelenkt, das mit halb offenem Maul und gesetzten Zähnen quer über den Platz zu der nächsten Telefonstange lief.

Es hob den Kopf und jagt einen Mund mit leeren

unpolitischen Charakter trägt und in ihren eigenen Menschen vor innerpolitischen Kämpfen versteckt und verborgen bleibt. Die Voraussetzung dafür ist daß das Landespolizeiamt von einer Neutralität geprägt wird, die nicht selbst politisch umstritten ist. Diese Voraussetzung erlaubt der Staatsregierung nicht mehr gegeben. Die für notwendig erachtete Ausscheidung ist um so mehr zu bedauern, da Seifers ausgezeichnete Verdienste in fachlicher Beziehung seit Errichtung der Polizei allgemein auch ganz besonders von der Staatsregierung anerkannt werden. Während des Unterausbaus, den Herr v. Seifer in diesen Tagen angestritten hat, wird die Führung der Geschäfte des Landespolizeiamtes bestmöglichweise dem Chef des Landespolizeiamtes Münchberg-Gürz, Polizei-oberst v. Metz, übertragen werden.

Die Finanzbedeutung im Jahre 1924. Die Bewegung in den deutschen Staatsfinanzen wird am besten durch das vermehrte Steuereinkommen im Monat März gekennzeichnet. Hand in Hand damit geht eine bemerkenswerte Reduzierung der Ausgaben. Die Finanzbedeutung gestaltet sich im ersten Quartal 1924, in Goldmillionen, nach einer Zusammenstellung in „Wirtschaft und Statistik“ wie folgt:

| | Deutsche Gesamt- Gesamteinnahmen | Gesamt- ausgaben | Bilanz Überschuss oder Unterschuss |
|---------------|--|---------------------|---|
| Dezember 1923 | 333,0 | 668,7 | -334,8 |
| Jänner 1924 | 520,6 | 396,5 | +124,1 |
| Februar 1924 | 445,0 | 482,8 | -37,8 |
| März 1924 | 632,4 | 498,6 | +133,8 |

Ein deutschösterreichischer Vorstoß gegen Ebert. Die deutschösterreichische Partei ist in eine Vorbereitung über die Verhinderung des Fortbestehens der Präsidentschaft Ebert eingetreten. Die Partei macht die Unterstützung der rechtsextremen Parteien davon abhängig, daß diese einem österreichischen Antrag im Reichstag zugestimmen habe, der auspricht, daß Präsident Ebert sofort zurücktreten habe, da er nicht vom Volke gewählt worden sei, wie die Weimarer Verfassung vorschreibt. Infolge dieses Vorstoßes der Deutschösterreichischen Mehrheitsbildung im neuen Reichstag, der am 22. Mai zusammentreffen, schwierig geworden.

Die Landliste gleicht sich den Deutschen Nationalen an. Die auf die Landliste gehörten neun Abgeordneten haben sich befehligt, sich der Deutschen Nationalen Partei fraktionell anzuschließen, unter Vorbehalt ihrer Selbständigkeit in den Abstimmungen. Dadurch sind die Deutschen Nationalen mit 103 Mitgliedern die stärkste Partei des neuen Reichstages geworden.

Eine Tschechoslowakei in Westenburg verhindert. Nach einer Meldung des Berliner Lokal-Anzeigers aus Schwerin wurde am Dienstag in Neubrandenburg eine Zusammenkunft von Westenburgs Kommunisten durch Kriminalpolizei und Schupo aufgebrochen. Die Zusammenkunft hatte den Ried, eine Tschecho eingurkten. Sechs Kommunisten wurden verhaftet, darunter der Schweriner Landtagsabgeordnete Erich Schmidt sowie der Hauptmann an der Ermordung des Arbeiters Jonas aus Hagenow. Einer der Verhafteten möchte einen Fluchtversuch. Er wurde dabei durch einen Revolverschuß der Polizei verlegt.

Die Rheinlandkommission bremst. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat, wie die „D. A. R.“ sich aus Mainz berichten läßt, bisher 4500 Ausweisungsbefehle zurückergriffen, 200 Strafverfolgung im französisch besetzten Gebiet aufgehoben und ferner 2000 befristeten Aufenthaltsbewilligungen die Genehmigung erteilt.

Von Stadt und Land.

Aue, 9. Mai

Erhöhung der Postgebühren. In der letzten Sitzung des Verwaltungsrates der Reichspost ist die von der Postverwaltung beabsichtigte Erhöhung der Postgebühren angenommen worden. Danach wird die Postfahrt für Pakete bis

8 Kilogramm wegfallen und die Gebühren für die 7 Kilogramm und darüber liegenden Pakete der zweiten und dritten Zone werden erhöht. Die jetzige Taxe von 80 Pf. für das 8-Kilogramm-Paket entspricht dem gleichen Gebührensatz für das Paket und die Deutsche und ist nach Ansicht der Reichspostverwaltung mit Rücksicht auf die bei den Paketen vorhandene Haftpflicht nicht zu rechtfertigen; der Paketgebührensatz von 80 Pf. sei auch deshalb nicht länger vertretbar, weil er die Gebühren der Postverwaltung nicht decke. Deshalb soll die Postfahrt für Pakete bis 8 Kilogramm die in der Nachriegszeit eingeführt worden ist, künftig wegfallen. Die Gebühren für die Pakete der zweiten und dritten Zone sollen erhöht werden, weil sie augenscheinlich hinter den entsprechenden Gebühren der Nachriegszeit zurückbleiben. Die Erhöhung soll hier aber erst beim 7-Kilogramm-Paket einsetzen. Der neue Tarif für die dritte Zone steht, beginnend mit dem Tage von 80 Pf., mit jedem Kilogramm um 40 Pf. Für die Erhöhung der Paketfahrt in dieser Zone ist hauptsächlich die Erwägung ausschlaggebend gewesen, daß augenscheinlich die Gebühren für Pakete auf höhere Entfernung erheblich niedriger sind, als die Gebühren der Reichsbahn für den Güter- und Expressgutverkehr. Aus dem Wegfall des 8-Kilogramm-Pakets und der neuen Regelung der Gebühren für Pakete der zweiten und dritten Zone ergibt sich eine jährliche Mehreinnahme von rund 18 Millionen Goldmark. Die Erhöhung der Paketgebühren beträgt in der 2. Zone 12 bis 25 v. H., in der 3. Zone bis 50 v. H. der bisher geltenden Sätze. Der Wegfall der Postfahrt für Pakete bis 8 Kilogramm ist ein weiterer Reichen dafür, daß die Errungenschaften, die in den letzten Jahren einsetzten, jetzt wieder „abgebaut“ werden. So ist die Zwischenfahrt für Briefe von 100 Gramm, die aus gewichtigen Gründen geschaffen wurde, wieder fallen gelassen worden. Die Zahlung der Fernsprechgebühren durch Postcheck ist abgeschafft usw. Wenn die Erhöhung der Paketgebühren in der 3. Zone damit erklärt wird, daß die Reichsbahn für den Güter- und Expressgutverkehr erheblich höhere Tarife hat, so ist eine solche Begründung grundsätzlich abzulehnen. Der Post durfte es nicht unbekannt sein, daß das deutsche Wirtschaftsleben außerordentlich unter den abnorm hohen Gütertarifen zu leiden hat. Es würde wohl richtiger sein, das zu zahlen, was die anderen Verkehrsinstanzen besser machen, aber nicht, was sie schlechter machen.

Vollschöchschulversammlung. Die Volkschöchschule Aue beruft alle ihre Hörer und Hörerinnen, besonders auch die Dozenten und Hörervertreter für Mittwoch, den 14. Mai abends 19.30 Uhr zu einer Versammlung nach der Oberrealschule. Hauptfachlich sollen die Pläne für die geologischen, botanischen und heimatgeschichtlichen Sommerwanderungen festgelegt, ferner einige Fragen der künftigen Winterarbeit besprochen werden.

Der vermisste Oberrealschüler wiedergefunden. Wir melden am Mittwoch, daß der Oberrealschüler W. Schröder, der Sohn des Prokuristen Schröder, Aue, sich ohne Angabe von zu Hause entfernt hatte und früh morgens vom Bahnhof weggefahren sei. Der jugendliche Ausreißer ist inzwischen schon wieder auf der Fahrt nach Aue unterwegs. Er ist bis Guben und wollte nach Russland. An der Grenze war ihm aber das Geld ausgegangen; außerdem vermochte er nicht über die Grenze zu kommen, weil sie von Kriminalpolizei befehlt war, die man benachrichtigt hatte. Schröder schrieb nun nach Hause und wird von seinem Vater abgeholt. Die Vermutung, daß der Junge wäre von jemanden verschleppt worden, bewahrheitet sich also nicht.

Bon der Gemeinnützigen Baugenossenschaft des westsächsischen Handwerks. Die am 10. März 1924 gegründete Gemeinnützige Baugenossenschaft des westsächsischen Handwerks hat in den wenigen Wochen ihres Bestehens bereits hoherfreudige Erfolge gezeigt. Schon konnte mit 2 Wohnungsgebäuden begonnen werden: in Aue ein 8 Familienhaus und in Eibenstock ein 12 Familien-Doppelhaus. Besondere Unterstützung wurde der Genossenschaft durch die Städte Aue und Eibenstock zuteil. Vor allem ist es aber der öffentlichen Unterstützung des Handwerks, Handels und

„Mag er kommen.“ murmelte er, und seine handartige Hand ballte sich um die lange Haarsträhne in seinem Gürtel.

Sie hatten nun die Maschinenhalle erreicht. Die Tür stand offen. Die Räuber waren auch hier gewesen und hatten alles durchhängen geworfen.

Gieds Augen glitten über all die merkwürdigen Dinge, die ein einziges Chaos bildeten: Werkzeuge, Delphäser, Maschinenteile. Ein Mexikaner lag auf einer Petroleumtonne und blieb mit mildem, starrem Blick vor sich hin. Über sein blaues Gesicht siedete ein blinder Blutstrom. Er hatte eine Kugel ins Herz bekommen und schlief nun im Wondenschein, der sein Gesicht voll beleuchtete, den schwarzen Schlaf.

„Was suchen Sie?“ fragte Delma etwas ungeduldig. Gieds antwortete nicht gleich. Er ging in dem grünen Dämmerlicht umher wie ein Hund, der eine Spur verfolgt. Er zerrte und riss an all den schweren Sachen, er quakte in alle Winkel. Da vernahm Delma plötzlich ein vergnügtes Peifen und ein lautes Knallen.

„Ich habe Sie gefunden.“ erscholl seine Stimme aus dem Dunkel.

„Was haben Sie gefunden?“ fragte Delma.

„Eine Drahtlinie,“ antwortete Gieds freudig. „Sie liegt hier auf dem Grunde des Chaos. Über sie ist groß und fest gebaut und hat Platz für vier Personen.“

„Wir sind ja fünf.“

„So nehmen wir die Damen auf den Schoß.“ Und Gieds warf die schweren Eisenstücke um und um, als wären sie aus Papier. Im nächsten Augenblick hatte er eine Doppeldrahtlinie hervorgezogen, die in bester Ordnung zu sein schien.

(Fortsetzung folgt.)

Das prächtige Haar
In duftiger Schönheit, Reinheit und Fülle — wie Sie es sich wünschen — erhalten Sie einzig u. allein durch regelmäßige Kopfwaschungen mit dem millionenfach bewährten, seidafreien

KOMBELL-A-SHAMPOON

Zu haben in allen Drogerien: In Aue in Drogerie Simon und Drogerie Eiser & Co.

